
2.1 Allgemeines

Neben dem Schuldner sowie die ein Insolvenzverfahren beaufsichtigenden Beteiligte und Organe (Insolvenzgericht, [vorläufiger] Gläubigerausschuss, Gläubiger[versammlung]) sind die weiteren Stakeholder bei der Betrachtung der Vorsatzanfechtung von Bedeutung. Dabei handelt es sich neben der Finanzverwaltung, Krankenkassen, Behörden um Kreditinstitute, Kunden/Lieferanten, Vertrags- und Kooperationspartner, Lizenznehmer und -geber, (vor allem Warenkredit-)Versicherungen sowie um Arbeitnehmer, das Management und die Gesellschafter. Damit sind zugleich die potentiellen Anfechtungsgegner umrissen, die von einer Insolvenzanfechtung gem. § 133 InsO betroffen sein können.

Die Möglichkeit zur Insolvenzanfechtung entsteht mit Eröffnung eines Insolvenzverfahrens und damit bei Bestellung eines Insolvenzverwalters. Der Verfahrenseröffnung vorgeschaltet ist das Insolvenzeröffnungsverfahren. Hier lässt sich zum einen die Gutachtensphase identifizieren. Dabei wird ein Sachverständiger durch das Insolvenzgericht beauftragt insbesondere die Fragen zu beantworten, ob die Insolvenzgründe ([drohende] Zahlungsunfähigkeit und/oder Überschuldung) vorliegen und ob die Verfahrenskosten gedeckt sind. Bei laufenden Geschäftsbetrieben werden im vorläufigen Verfahren regelmäßig Sicherungsmaßnahmen angeordnet. Dabei unterscheidet man zwischen der schwachen Insolvenzverwaltung, bei der im Regelfall ein Zustimmungsvorbehalt angeordnet wird, und der starken Insolvenzverwaltung, bei der die Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis zugleich auf den vorläufigen Insolvenzverwalter übergeht. Ergänzend können weitere Sicherungsmaßnahmen angeordnet werden, um bis zur Entscheidung über den Antrag eine den Gläubiger nachteilige Veränderung in der Vermögenslage des Schuldners zu verhindern (§ 21 Abs. 1 Satz 1 InsO). An die Verfahrenseröffnung schließt sich der Berichts- und Prüftermin an. Im weiteren Verfahrensablauf werden die

Anfechtungsansprüche geltend gemacht sowie (aus-)ermittelt, sofern sie nicht bereits im vorläufigen Insolvenzverfahren dokumentiert worden sind, geltend gemacht werden. Sowohl bei der abweichenden Regelung vom Regelinsolvenzverfahren durch Insolvenzplan (§§ 217 ff. InsO) als auch der Eigenverwaltung (§§ 270 ff. InsO) bleiben die Anfechtungsrechte bestehen. So hat der Sachwalter im Eigenverwaltungsverfahren das alleinige Anfechtungsrecht (§ 280 InsO).

2.2 Anfechtungsnormen

Die allgemeinen Voraussetzungen der Insolvenzanfechtung sind in § 129 InsO normiert, die Gläubigerbenachteiligung. Die speziellen Voraussetzungen schließen sich mit den §§ 130 bis 137 InsO an. Die Rechtsfolgen ergeben sich aus den §§ 143 bis 145 InsO. Weitere wichtige Normen in Bezug auf Gesetzesdefinition und Fristberechnung folgen aus den §§ 138 bis 141 InsO. Der Bargeschäftseinwand, der ebenfalls bei der Vorsatzanfechtung eine Rolle spielen kann, jedoch nur in entsprechender Anwendung, ist in § 142 InsO normiert. Die Verjährung des Anfechtungsrechts ergibt sich aus § 146 InsO iVm. §§ 194 ff. BGB. Die Zahlungsunfähigkeit ist in § 17 InsO definiert. Die Zahlungsunfähigkeit ist ein zentraler Anknüpfungspunkt im Rahmen der Prüfung, ob die Voraussetzungen der Vorsatzanfechtung gegeben sind. Im Rahmen des Aufrechnungsausschlusses gem. § 96 Abs. 1 Nr. 3 InsO kann auch die Vorsatzanfechtung eine Rolle spielen. Neben der Anfechtung wegen vorsätzlicher Benachteiligung gem. § 133 InsO existieren weitere Anfechtungsnormen. Genannt werden müssen die kongruente und inkongruente Deckungsanfechtung gemäß § 130 bzw. § 131 InsO sowie die – in der Praxis allerdings selten relevante – Anfechtung von unmittelbar nachteiligen Rechtshandlung gem. § 132 InsO. Diese Anfechtungen reichen bis zu drei Monaten vor Insolvenzantragstellung zurück. Die Anfechtung wegen unentgeltlicher Leistung gem. § 134 reicht bereits bis zu vier Jahre zurück. Die Anfechtung von Sicherheiten für Gesellschafterdarlehen gem. § 135 InsO reicht ebenfalls bis zu 10 Jahre zurück.

2.3 Allgemeine Voraussetzungen

2.3.1 Insolvenzeröffnung und Anfechtungsbefugnis

Jeder Anspruch aus Insolvenzanfechtung entsteht erst mit Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Vor der Insolvenzeröffnung können zu Gunsten einzelner Gläubiger die Regelungen des Anfechtungsgesetzes (AnfG) Anwendung finden. Die

Erwägungen zur Vorsatzanfechtung finden für die Regelungen nach dem AnfG dem Grunde nach Anwendung. Die vorsätzliche Benachteiligung ist dort in § 3 AnfG geregelt. Selbst bei Anordnung eines vorläufigen Insolvenzverfahrens liegt die Anfechtungsbefugnis (noch) nicht beim vorläufigen Verwalter. Die Anfechtungsbefugnis für die Insolvenzanfechtung nach den § 129 ff. InsO liegt beim Insolvenzverwalter, und zwar nunmehr auch bei Verbraucherinsolvenzverfahren. Die bisher für Verbraucherinsolvenzverfahren anwendbare Regelung des § 313 ist ab dem 1. Juli 2014 gestrichen worden.

2.3.2 Rechtshandlung

Erforderlich ist nach dem für alle Insolvenzanfechtungsnormen anwendbare § 129 InsO zunächst eine Rechtshandlung. Der Begriff Rechtshandlung ist sehr weit auszulegen und umfasst Willenserklärungen, Tun, Unterlassen, Realakte, Erfüllungen und Ähnliches. Hierunter fällt beispielsweise Bierbrauen (BGH, Urteil vom 9. Juli 2009 – IX ZR 86/08), da der Fiskus am Bier ein Pfandrecht erlangt. Gleiches gilt für das Werthaltigmachen von Sicherheiten, insbesondere von rechtlich bereits zuvor entstandenen Forderungen (BGH, Urteil vom 26. Juni 2008 – IX ZR 144/05). Grundsätzlich können nach den Vorschriften der §§ 129 ff. InsO auch Handlungen Dritter anfechtbar sein. Im Rahmen der Vorsatzanfechtung ist aber eine Rechtshandlung des Schuldners. Sofern der vorläufige Insolvenzverwalter an den Handlungen des Schuldners beteiligt war, kommt eine Anfechtbarkeit dem Grunde nach zwar in Betracht (BGH, Urteil vom 9. Dezember 2004 – IX ZR 108/04). Sie scheidet jedoch dann aus, wenn der vorläufige Insolvenzverwalter einen Vertrauenstatbestand geschaffen hatte. Besondere Vorsicht ist für Lieferanten beim Ausnutzen einer starken Position angezeigt, v. a. wenn die Weiterbelieferung von der (nicht zulässigen) Zahlung auf Altverbindlichkeiten abhängig gemacht wird, also von Zahlungen auf Forderungen, die nach dem Insolvenzregime als Insolvenzforderungen nur zur Insolvenztabelle angemeldet werden können. Werden solche Zahlungen im vorläufigen Verfahren erbracht, ist die spätere Anfechtung häufig möglich.

2.3.3 Maßgeblicher Zeitpunkt

Eine Rechtshandlung gilt als in dem Zeitpunkt vorgenommen, in dem die rechtlichen Wirkungen eintreten, § 140 InsO. Bei Registereintragungen kommt es dabei gem. § 140 Abs. 2 InsO auf die (für den späteren Schuldner unwiderrufliche) Antragstellung an. Beispiel hierfür ist der Eintragungsantrag gegenüber dem

Grundbuchamt, wofür der Eingang des vom späteren Schuldner nicht widerrufbaren Antrags im Regelfall ausreichen wird.

Die Einordnung des für die Anfechtung maßgeblichen Zeitpunktes ist häufig bei Zwangsvollstreckungsmaßnahmen wichtig. Bei der Pfändung einer offenen Kreditlinie ist der Darlehensabruf durch den Schuldner als Kontoinhaber relevant (BGH, Urteil vom 9. Juni 2011 – IX ZR 179/08). Bei der Pfändung von bestehenden Bankguthaben kommt es auf die Wirksamkeit, also die Zustellung der Hauptpfändung an. Die Zustellung der Vorphändung ist nicht relevant (BGH, Urteil vom 23. März 2006 – IX ZR 116/03). Werden künftige Bankguthaben gepfändet, so kommt es auf die Entstehung des Auszahlungsanspruch bzw. Guthabens, also die Gutschrift des Zahlungseingangs an (BGH, Urteil 20. März 2003 – IX ZR 166/02). Bei Scheckzahlung kommt es auf die Einreichung an (BGH, Urteil vom 14. Mai 2009 – IX ZR 63/08). Die Erstellung des Abschlussaldos ist relevanter Zeitpunkt bei der vorausgepfändeten Kontokorrentforderung (BGH, Beschluss vom 18. März 2010 – IX ZR 111/08).

Im Falle einer Aufrechnung kommt es auf die Begründung der Aufrechnungslage an und gerade nicht auf den Zeitpunkt der Aufrechnungserklärung (BGH, Urteil vom 30. Juli 2011 – IX ZR 155/08). Ausnahmen gelten jedoch bei Konzernverrechnungsklauseln (BGH, Urteil vom 10. Dezember 2009 – IX ZR 1/09).

2.3.4 Berechnung der Anfechtungszeiträume

Bei der Fristberechnung gem. § 139 InsO ist grundsätzlich der erste zulässige und begründete Insolvenzantrag maßgeblich. Nur bei zwischenzeitlicher Behebung des Insolvenzgrundes wird ein früherer Antrag nicht berücksichtigt. Die Berücksichtigung ist aber ggfs. selbst dann möglich, wenn ein Antrag mangels Masse abgewiesen wird. Jedoch ist ein erledigter oder zurückgenommener Antrag in keinem Fall mehr relevant (BGH, Urteil vom 15. November 2007 – IX ZR 212/06).

2.3.5 Objektive Gläubigerbenachteiligung

Eines der zentralen Elemente der Insolvenzanfechtung stellt die objektive Gläubigerbenachteiligung dar, die nach § 129 InsO bei jeder Anfechtung gegeben sein muss.¹ Grundsätzlich ist die mittelbare Gläubigerbenachteiligung ausreichend. Hierfür sind die Verhältnisse in der letzten mündlichen Verhandlung in

¹ Instruktiv dazu Kreft, KTS 2012, 405 ff.

der Tatsacheninstanz des Anfechtungsprozesses maßgeblich. Damit können selbst Wertsteigerungen von anfechtbar übertragenen Gegenständen im Anfechtungsprozess eine Gläubigerbenachteiligung begründen. Im Rahmen des § 133 Abs. 2 InsO wird jedoch die unmittelbare Gläubigerbenachteiligung vorausgesetzt. Diese Benachteiligung muss bereits zum Zeitpunkt nach § 140 InsO gegeben sein. Gläubigerbenachteiligung tritt dann ein, wenn die Insolvenzmasse durch eine Rechtshandlung verkürzt wird, sodass sich die Befriedigungsmöglichkeiten der Insolvenzgläubiger ohne die Handlung bei wirtschaftlicher Betrachtungsweise günstiger gestaltet hätten (BGH, Urteil vom 11. Januar 2007 – IX ZR 31/05). Dabei reicht es neben der Verkürzung der Aktivmasse aus, wenn der Zugriff auf das schuldnerische Vermögen vereitelt, erschwert oder verzögert wird. Wesentlich dabei ist, dass auch die Mehrung der Passivmasse gläubigerbenachteiligend sein kann, beispielsweise durch schuldbefreiende Übernahme von Verbindlichkeiten (vgl. BGH, Urteil vom 29. November 2007 – IX ZR 121/06). Werden Zahlungen an den Anfechtungsgegner von einem debitorischen Bankkonto des Schuldners ausgeführt, soll dies für eine Gläubigerbenachteiligung ausreichen werden, wofür lediglich eine geduldete Überziehung ausreichend ist, sodass eine Pfändbarkeit des erlangten Betrages nicht erforderlich ist (BGH, Urteil vom 6. Oktober 2009 – IX ZR 191/05). Demgegenüber ist die Übertragung eines wertausschöpfend belasteten Gegenstandes, beispielsweise einer mit valutierenden Grundpfandrechten bis zum Verkehrswert belasteten Immobilie, nicht gläubigerbenachteiligend (BGH, Urteil vom 23. November 2011 – IX ZR 126/03). Die nachträgliche Beseitigung der Belastung durch den Schuldner ist dann freilich gläubigerbenachteiligend (BGH, Urteil vom 19. Mai 2009 – IX ZR 129/06). Beim Bewertungsmaßstab ist im Rahmen der §§ 129 ff. InsO auf den Marktwert abzustellen (BGH, Urteil vom 18. Dezember 2008 – IX ZR 79/07), jedoch bei Fällen nach dem AnfG auf den Versteigerungswert (BGH, Urteil vom 19. Mai 2009 a. a. O.). Leistungen Dritter sind grundsätzlich nicht gläubigerbenachteiligend (BGH, Beschluss vom 16. Oktober 2008 – IX ZR 147/07). Dies gilt jedoch nicht, sofern Forderungen des Schuldners gegen Dritte erfüllt werden und die Forderung insofern untergeht (BGH, Urteil vom 7. Februar 2002 – IX ZR 115/99). Dabei ist zu unterscheiden. Eine Zahlung eines Dritten auf Kredit lässt die Gläubigerbenachteiligung ausscheiden, da keine Zugriffsmöglichkeiten auf diese Mittel bestehen. Erfolgt allerdings die Zahlung auf Schuld, also in Erfüllung einer Verbindlichkeit des Zahlenden, liegt eine objektive Gläubigerbenachteiligung vor, da die Forderung des Schuldners gegen den Zahlenden verlustig geht (vgl. BGH, Urteil vom 21. Juni 2012 – IX ZR 50/11).

2.3.6 Zur (drohenden) Zahlungsunfähigkeit und ihrer Bedeutung

Die Zahlungsunfähigkeit (§ 17 InsO) bzw. die drohende Zahlungsunfähigkeit (§ 18 InsO) stellen in der Praxis wichtig Faktoren für die Vorsatzanfechtung dar. Ihr Vorliegen hat erhebliche Auswirkungen auf die Nachweisbarkeit der Tatbestandsmerkmale. Formell lässt sich zwar kein Hinweis auf dieses Merkmal im Gesetz feststellen. Nur im Rahmen der Indizienregel in § 133 Abs. 1 Satz 2 InsO wird darauf abgestellt. Jedoch ist Zahlungsunfähigkeit und die Kenntnis davon beim Anfechtungsgegner Dreh- und Angelpunkt nahezu eines jeden Vorsatzanfechtungsprozesses. Der Vorsatzanfechtungsprozess ist nämlich ein Indizienprozess. Die inneren Tatbestandsmerkmale des Anfechtungsgegners sowie Schuldners sind folglich keinem unmittelbaren Beweis zugänglich. Deshalb werden die (drohende) Zahlungsunfähigkeit und die Kenntnis davon als Indizien für die inneren (subjektiven) Tatbestandsmerkmale angesehen.

Nach der 10%-Rechtsprechung ist für die Feststellung der Zahlungsunfähigkeit eine Liquiditätsbilanz zu erstellen (BGH, Urteil vom 25. April 2004 – IX ZR 123/04). Beträgt die innerhalb von drei Wochen nicht zu beseitigende Liquiditätslücke nämlich 10 % oder mehr, ist regelmäßig von Zahlungsunfähigkeit auszugehen, sofern nicht ausnahmsweise mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, dass die Lücke demnächst vollständig oder fast vollständig beseitigt wird und den Gläubigern ein Zuwarten nach den besonderen Umständen des Einzelfalls zuzumuten ist. Beim Liquiditätsstatus sind auf der Passivseite fällige, nicht gestundete und ernsthaft eingeforderte Verbindlichkeiten einzustellen, auch bei erzwungenen Stundungen oder resignierendem Nichtstun (BGH, Urteil vom 14. Mai 2009 – IX ZR 63/08). Liegt ein Bescheid der Finanzverwaltung mit Aussetzung der Vollziehung vor, so sind diese Verbindlichkeiten als nicht fällig zu betrachten (BGH, Urteil vom 22. Mai 2014 – IX ZR 05/13). Als Faustformel lässt sich formulieren, dass ein erkennbares (beweisbares) und freiwilliges Entgegenkommen des Gläubigers aus Sicht des Anfechtungsgegners für den Entfall der insolvenzrechtlichen Fälligkeit genügt, eine bloße Vollstreckungsvereinbarung allerdings nicht. Auf der Aktivseite im Rahmen des Liquiditätsstatus sind Bar- und Buchgeld, offene Kreditlinien und kurzfristig liquidierbare Vermögensbestandteile zu berücksichtigen, außerdem erwartete Zahlungseingänge in den nächsten drei Wochen (Aktiva II) sowie kurzfristig erlangbare Kreditmittel, selbst wenn sie nicht in Anspruch genommen sind. Gleiches gilt für ein Stand-still bzw. (echte) Stundungen und die Ausweitung der Kreditlinie. Die Nachweisführung für das Vorliegen der Zahlungsunfähigkeit kann auch über die Insolvenztabelle erfolgen. Dabei ist auf die zum fraglichen Zeitpunkt auf fällige Verbindlichkeiten abzustellen, die bis

zur Verfahrenseröffnung nicht mehr beglichen worden sind. Kann der Insolvenzverwalter solche durchgehend fälligen Verbindlichkeiten nachweisen, ist regelmäßig von der Zahlungsunfähigkeit zu diesem Zeitpunkt ausgegangen werden kann (BGH, Urteil vom 12. Oktober 2006 – IX ZR 228/03). Den Anfechtungsgegner trifft dann die Darlegungs- und Beweislast dafür, dass entweder die Zahlungen wieder aufgenommen worden sind, oder dass aufgrund konkreter Umstände, die sich nachträglich geändert haben können, damals angenommen werden konnte, dass der Schuldner rechtzeitig in der Lage ist, die Verbindlichkeiten zu bedienen (BGH, Urteil vom 12. März 2012 – IX ZR 239/09).

Jedenfalls dann, wenn der Schuldner seine Zahlungen gemäß § 17 Abs. 2 InsO eingestellt hat, besteht eine Regelvermutung der Zahlungsunfähigkeit. Dies hat der Tatrichter anhand etwaiger Indizien gem. § 286 ZPO zu würdigen. Dabei muss sich für die beteiligten Verkehrskreise der berechnete Eindruck aufdrängen, dass der Schuldner nicht in der Lage ist, seine fälligen Zahlungspflichten zu erfüllen (BGH, Urteil vom 12. Oktober 2006 – IX ZR 228/03). Die Nichtzahlung eines erheblichen Teil der fälligen Verbindlichkeiten reicht für die Zahlungseinstellung aus (BGH, Urteil vom 21. Juni 2007 – IX ZR 231/09). Das kann selbst dann angenommen werden, wenn die noch geleisteten Zahlungen beträchtlich sind, diese jedoch im Verhältnis zu den fälligen Verbindlichkeiten nicht den wesentlichen Teil ausmachen (BGH, Urteil vom 11. Februar 2010 – IX ZR 104/07). Auch die Nichtzahlung einer einzigen Verbindlichkeit kann ausreichen, wenn die Höhe nicht unbeträchtlich ist (BGH, Urteil vom 30. Juni 2011 – IX ZR 134/10). Indizien für die Feststellung der Zahlungseinstellung sind eigene Erklärungen des Schuldners, Verbindlichkeiten nicht beglichen zu können (BGH, Urteil vom 4. Oktober 2001 – IX ZR 81/99), schleppende Zahlung von Löhnen, Steuern und Sozialabgaben über einen längeren Zeitraum (BGH, Urteil vom 28. April 2009 – II ZR 51/7), rückständige Sozialversicherungsbeiträge oder Steuerrückstände (BGH Urteil vom 13. April 2006 – II ZR 118/04), Häufung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen in das Schuldnervermögen (BGH, Urteil vom 13. April 2006 – II ZR 118/04) sowie die Schließung des Geschäftsbetriebs ohne ordnungsgemäße Abwicklung. Weitere Indizien sind Rückschecks und Rücklastschriften mangels Deckung (BGH, Urteil vom 30. Juni 2011 – IX ZR 134/10) und das ersichtliche Operieren am finanzwirtschaftlichen Abgrund durch Schieben von Verbindlichkeiten (BGH, Urteil vom 18. Juli 2013 – IX ZR 143/12). Demgegenüber ist eine reine Zahlungsunwilligkeit weder für den Nachweis der Zahlungsunfähigkeit noch der Kenntnis erheblich (BGH, Urteil vom 15. März 2013 – ZR 239/09).

Diese Indizien können einzeln oder in ihrer Gesamtheit zur Vermutung für den Eintritt der Zahlungsunfähigkeit führen. Dem Anfechtungsgegner ist es gleichwohl möglich, einen Nachweis darüber zu führen, dass die Deckungslücke weniger als

10% betragen hat und daher nur eine vorübergehende Zahlungsstockung vorlag (BGH, Urteil vom 30. Juni 2011 – IX ZR 134/10). Die Kenntnis der Indizien für eine Zahlungseinstellung begründen im Regelfall ein Indiz für die Kenntnis von der Zahlungsunfähigkeit beim Anfechtungsgegner (BGH, Urteil vom 19. Mai 2011 – IX ZR 9/10). Die Wiedererlangung der Zahlungsunfähigkeit erfolgt nur bei allgemeiner Wiederaufnahme der Zahlungen. Das ist vom Anfechtungsgegner nachzuweisen (BGH, Urteil vom 15. März 2012 – IX ZR 239/09). Das gilt auch bei Zustimmung zur Ratenzahlungsvereinbarung (BGH, Urteil vom 6. Dezember 2013 – IX ZR 3/12). Die Kenntnis der Zahlungsunfähigkeit entfällt bei Nachweis des Bekanntwerdens neuer Tatsachen, die objektiv geeignet waren, zur Ansicht zu gelangen, nun sei der Schuldner wieder zahlungsfähig. Ernsthafte Zweifel am Fortbestehen der Zahlungsunfähigkeit genügen zugunsten des Anfechtungsgegners regelmäßig (BGH, Urteil vom 27. März 2008 – IX ZR 98/07).

2.4 Rechtsfolgen der Anfechtung und Anspruchsgegner

Die Rechtsfolgen einer Insolvenzanfechtung ergeben sich aus §§ 143 ff. InsO. Im Kern geht es darum, die Vermögensminderung bzw. Ausweitung der Passivseite rückabzuwickeln. Dabei ist die Rückgewähr des betroffenen Vermögensgegenstandes vorrangig. Ist eine Rückgewähr nicht möglich, erfolgt Wertersatz. In beiden Fällen sind Nutzungen herauszugeben. Das betrifft sowohl die Verzinsung, die bei Geldleistung ab Verfahrenseröffnung mit 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz zu erfolgen hat (BGH, Urteil vom 26. Juni 2008 – IX ZR 47/05), als auch bis Verfahrenseröffnung die Verzinsungspflicht in Höhe der ersparten bzw. gezogenen Zinsen (BGH, Urteil vom 24. Mai 2012 – IX ZR 125/11).

Als Rechtsfolge lebt die Forderung gem. § 144 Abs. 1 InsO wieder auf. Die Forderung, die der Insolvenzgläubiger zur Masse zurück zu gewähren hat, können zur Insolvenztabelle angemeldet werden. Dabei leben die Sicherheiten des Anfechtungsgegners wieder auf (vgl. bereits RG, Urteil vom 10. März 1888 – V 332/87). Daraus erklärt sich auch, dass bei werthaltigen Schuldnersicherheiten grundsätzlich keine objektive Gläubigerbenachteiligung gegeben ist. Das Wiederaufleben von Forderungen erfolgt auch gegenüber einem Dritten im Dreipersonenverhältnis (BGH, Urteil vom 22. November 2012 – IX ZR 22/12).

Anfechtungsgegner ist, wer aus dem Vermögen des Schuldners etwas erlangt hat (§ 143 Abs. 1 InsO), ggfs. auch der Rechtsnachfolger (§ 145 InsO). Bei einer Doppelwirkung der Leistung zugunsten eines Empfängers und eines Dritten können beide als Gesamtschuldner in Anspruch genommen werden (BGH, Urteil vom 29. November 2007 – IX ZR 165/05). Das gilt zum Beispiel bei einer Bank im

Zusammenhang mit Werthaltigmachen sowie einem Auftraggeber der Leistung. Allerdings ist ein Gesamtschuldnerausgleich im Verhältnis Bank-Auftraggeber möglich. Auch bei Zahlung des Schuldners an Inkassounternehmen gegenüber dem ursprünglichen Forderungsinhaber kommt eine Anfechtung in Betracht (BGH, Urteil vom 3. April 2014 – IX ZR 201/14). Eine Vorsatzanfechtung kommt auch gegenüber dem Leistungsmittler bei mittelbarer Zuwendung in Betracht (BGH, Urteil vom 26. April 2012 – IX ZR 74/11). Das kommt beispielsweise vor, sofern der Schuldner Zahlungen von seinem Bankkonto nur noch nach Einzelabstimmung mit seiner Bank veranlassen kann, sodass es zu einer Einzelüberweisung an einen Gläubiger kommt. In einem solchen Fall ist auch eine Anfechtung gegenüber der Bank denkbar. In der Folge ist es in jedem Fall angezeigt, aus Sicht eines Kreditinstitutes als bloße Zahlstelle zu fungieren. Abgestimmtes Zahlungsverhalten oder selbständige Zahlungsabwicklungen dürften anfechtbar sein.

Zur Verjährung des Anfechtungsanspruchs gem. § 146 InsO lässt sich feststellen, dass die regelmäßige Verjährungsfrist gilt. Die dreijährige Verjährungsfrist beginnt gem. § 199 BGB mit Schluss des Jahres, in dem der Anspruch entstanden ist (Insolvenzeröffnung) und Kenntnis oder grob fahrlässiger Unkenntnis der anspruchsbegründenden Umstände. Dabei ist die Kenntnis des Schuldners dem Insolvenzverwalter nicht zuzurechnen. Es ist lediglich in Erwägung zu ziehen, dass den Insolvenzverwalter ein Organisationsversagen trifft, sofern er ermittelbare Anfechtungsansprüche auf vorwerfbare Art und Weise nicht innerhalb der Anfechtungsfrist geltend macht. Werden Anfechtungsansprüche jedoch danach aufgedeckt, ohne dass der Insolvenzverwalter Kenntnis davon erlangen konnte, so trifft ihn kein Verschulden. Eine Verjährung kann mithin nicht laufen. Gem. § 146 Abs. 2 InsO besteht für den Verwalter ein Leistungsverweigerungsrecht, sofern der Anfechtungsanspruch verjährt ist, der Anfechtungsgegner jedoch etwas zur Masse schuldet.

Das Anfechtungsrecht besteht nur im laufenden Insolvenzverfahren. Die Aufhebung des Insolvenzverfahrens schließt die Prozessführungsbefugnis für neue Prozesse aus (BGH, Urteil vom 10. Dezember 2009 – IX ZR 206/08). Mit Planbestätigung und Verfahrensaufhebung verliert der Verwalter grundsätzlich die Anfechtungsbefugnis. Im gestaltenden Planteil kann dieser Grundsatz nach § 259 Abs. 3 InsO durchbrochen werden. Er setzt allerdings Rechtshängigkeit der Anfechtungsklage voraus, Anhängigkeit reicht nicht, auch Rechtsmittel gegen den Aufhebungsbeschluss helfen nicht (BGH, Urteil vom 11. April 2013 – IX ZR 122/12).

Vorsatzanfechtung

Mit Rechtsprechungsregeln Ansprüche vermeiden,
abwehren und verfolgen

Hirte, T.; Kiesel, K.

2015, VI, 27 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-10172-5